

Michael Th. Greven / Theo Schiffer

Selektive Interessenpolitik bei genereller Akzeptanz — Ein Kommentar zum Grunddilemma der CDU/CSU/FDP-Regierung

Bald zwei Jahre konservativ-»liberaler« Koalition und Regierungstätigkeit erlauben erste vorsichtige Einschätzungen und Überlegungen zu den Perspektiven einer CDU-geprägten Regierungspolitik angesichts der mehrdimensionalen Probleme und Krisen der gesellschaftlichen Reproduktion in der Bundesrepublik sowie der internationalen und sicherheitspolitischen Probleme. Parlamentarische Regierungen sind darauf angewiesen, die von ihnen durch aktive Politik verfolgte Interessenrealisierung ungeachtet von deren selektiver Natur in Darstellung und Auswirkungen so zu verfolgen, daß dabei eine möglichst diffuse und breite Akzeptanz in der Öffentlichkeit erzeugt wird. Jegliche Politik in diesem System steht neben spezifischen funktionellen Erfordernissen bei der Aufrechterhaltung oder Gewährleistung insbesondere der ökonomischen Reproduktionsgrundlagen der kapitalistischen Gesellschaft angesichts immer wieder bevorstehender Wahlen auch unter der regulativen Einwirkung des Machterhaltungswunsches der Regierenden. Neben dem Versuch, in einigen besonders wichtigen Politikbereichen den Charakter der »Wende« inhaltlich genauer zu bestimmen, als das in den aktuellen Kommentaren 1982 möglich war, wollen wir den nun immer deutlicher werdenden spezifischen konservativen Strategien bei der Herstellung von Massenakzeptanz und Unterstützung für die liberalkonservative Regierungskoalition nachspüren. Es scheint uns inzwischen offenkundig und unübersehbar, daß die Regierung Kohl und die sie tragenden Parteien gerade auch auf der Ebene symbolischer Politik die sich stellende Aufgabe der gesellschaftlichen Integration spezifisch anders lösen, als die sozialliberale Koalition in den 70er Jahren. Dabei wird deutlich werden, daß eine Strategie der symbolischen Integration stets auch Momente der Desintegration, genauer gesagt der selektiven Ausgrenzung spezifischer Gruppen und Interessen beinhaltet.

Wir wollen zunächst die Frage nach der Gestalt konservativer Politikstrategie genauer fassen, um dann an einigen Beispielen der Konzepte — verschiedenen Politik- bzw. Interessensfeldern — Kontinuitäten und Besonderheiten der Unions- und FDP-Politik zu diskutieren und auf Entwicklungstendenzen abzuklopfen.

1. Eine neue konservative Gesamtstrategie?

Es ist offenkundig, daß sich seit der Koalitions-»Wende« vom Herbst 1982 in der Bonner Politik vieles verändert hat. Über das Personelle, Sprachliche und Klimatische hinaus wurden in einer ganzen Reihe von Politikfeldern Initiativen ergriffen, die konservative Einstellungen und Tendenzen demonstrierten. Dennoch wird man sich zunächst die grundsätzliche Frage stellen müssen, inwieweit über Ansätze, Fragmente und Tendenzen hinaus bereits so etwas wie eine neue konservative Gesamtstrategie der christ- und freidemokratischen Koalition sichtbar geworden ist.

Nur der Vollständigkeit halber und nur als Stichwort sei vorab die *Außenpolitik* erwähnt.

Das Auffälligste ist hier sicher nicht der Bruch, sondern die weitgehende Kontinuität — was nicht für die vorige Koalition sprechen muß. In der zunächst alles dominierenden Frage der Raketenstationierung hat die Regierung Kohl dieselbe makabre Konsequenz gezeigt, die auch von Schmidt/Genscher zu erwarten gewesen wäre; aber auch im Bereich der deutsch-deutschen Sonder-Entspannung ist man in etwa auf der alten Linie geblieben (überraschenderweise mit demonstrativer Beteiligung von F.J. Strauß). Weniger an der Erscheinungsweise und den einzelnen Aktivitäten der deutschen Außenpolitik lassen sich Änderungen ablesen, als vielmehr im verschobenen Kontext der amerikanischen Globalstrategie, einer Strategie des erhöhten Spannungsrisikos, in die sich die europäisch-regionalpolitische Kontinuität bundesdeutscher Außenpolitik bruchlos einzufügen scheint, auch wenn die damit verbundenen Funktionsveränderungen möglicherweise noch nicht deutlich genug sichtbar geworden sind. Verschiebungen lassen sich am ehesten an Unterlassungen und Ohnmacht festmachen, nachdem inzwischen keinerlei ernsthafte und sichtbare Versuche mehr festzuhalten sind, aus deutscher und europäischer Interessenlage die amerikanische Strategie des erhöhten Spannungsrisikos wenigstens abzuschwächen und auf eine Rückkehr zu globalen Entspannungsversuchen hinzuwirken. Insgesamt ist jedenfalls keine so gravierende Änderung der Bonner außenpolitischen Strategie zu verzeichnen, daß sich daran absehbar Kräfteverschiebungen im europäischen Kräftefeld knüpfen oder gar Rückwirkungen auf innenpolitische Machtkonstellationen ablesen ließen. Die Regierung hat sicher auch gute taktische Gründe für vorsichtiges Operieren, nachdem sie in der Raketenfrage doch wohl gegen eine Mehrheit der öffentlichen Meinung ihren Kurs durchzog und bei weitergehenden Abweichungen von der Kontinuität mit der Gefahr erheblicher Einbrüche in der Wählerschaft rechnen mußte. Das Problem einer außenpolitischen »Wende« wird man daher keineswegs für ausgestanden halten dürfen.

Die Frage nach einer neuen konservativen Gesamtstrategie stellt sich indes primär im Bereich der *Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*. Auch wenn Anzeichen und Tendenzen deutlich in eine bestimmte Richtung weisen, dürfte doch der Nachweis einer neuen Gesamtstrategie etwas mehr Schwierigkeiten bereiten, als gemeinhin (links und rechts) angenommen wird. Auch (und vielleicht gerade) wenn man die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Regierung Kohl/Genscher überwiegend für falsch hält, wird man die Feststellung beträchtlicher Kontinuitäten nicht unterlassen. Es darf auch nicht übersehen werden, daß die Ankündigung und die rhetorische Begleitung der »Wende« in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu einem Teil eine deutlich parteitaktische Rechtfertigungsfunktion hatte, einmal für die FDP, die einen propagandistischen Hebel zum Umstieg in eine andere Koalition brauchte, zum anderen aber auch für die Unionsparteien, die ihre (schon immer erstrebte) Rückkehr zur Regierungsmacht mit der Überlegenheit wirtschaftspolitischer Kompetenz gegenüber der inkompetenten SPD (hinter Schmidt) zu inszenieren suchte (während der SPD die Darstellung und Durchführung einer erfolgreichen und spezifischen, nicht bereits konservativ verwässerten Wirtschaftspolitik schon vor dem Herbst 1982 nicht mehr überzeugend gelang). Dennoch wird auch nach Abzug der parteitaktisch-propagandistischen Aufgeblasenheit des ganzen Wendemanövers ein substantieller Kern von Strategieveränderung übrigbleiben, dem nachzugehen ist. Gegründet auf die Kontinuität der kapitalistisch-wohlfahrtsstaatlichen Systemstrukturen geht es dabei in der Gesamttendenz um eine stärkere Freisetzung gewinnorientierter ökonomischer Systemmechanismen unter Abbau sozialliberaler Skrupel und Kompensationstechniken, so daß der enger geschnallte Gürtel zugleich als angezogener Zügel des Leistungsdrucks fungiert. Sicher wird das wirtschaftliche Strategiedenken der gegen-

wärtigen Koalition von der Überzeugung bestimmt, daß eine Freisetzung kapitalistischer Wachstums- und Verteilungsmechanismen die weltwirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik stabilisieren, Strukturbrüche und Strukturwandel überbrücken, Schichtungsmuster und Ungleichheitsklüfte wieder für einige Zeit mit gestiegenem Gesamtwohlstandsniveau überspielen und damit die über Wachstum vermittelten, eingespielten Legitimationsweisen erneut mobilisieren könnte. Zu dieser Logik zählt zwingend die im konservativen Lager allgemein geteilte Prämisse, daß die Gesamtheit der Arbeitskosten (Löhne/Gehälter und Lohnnebenkosten), zugleich der am ehesten politisch beeinflussbare Kostenfaktor, begrenzt, wenn möglich herabgesetzt werden müßte (das Lambsdorff-Papier vom August 1982 als repräsentatives Grundlagendokument). Wenngleich die Ausrichtung dieser Absicht offenkundig ist, wäre es falsch anzunehmen, Unionsparteien und FDP wollten die Arbeitskosten (vor allem auch die Arbeitseinkommen der abhängig Beschäftigten) so weit als nur möglich, so schnell als möglich und notfalls mit Brachialgewalt herabdrücken; sie sind sich vielmehr zweifellos der Schwierigkeiten, Widersprüchlichkeiten und Legitimationsgrenzen eines solchen Vorhabens bewußt und werden daher dieses Ziel sachlich und zeitlich dosiert, insgesamt jedenfalls der Intention nach stets diesseits der parlamentarischen Mehrheitsfähigkeit zu erreichen suchen; in dieser Gratwanderung besteht ihr Strategieproblem.

Die Frage nach einer konservativen Gesamtstrategie läßt sich in mehrere Teilkomplexe aufgliedern: a) die Spezifik der Wachstums- und Modernisierungskonzeption, b) mögliche Verschiebungen im Kräftedreieck Unternehmer — Arbeitnehmer(organisationen) — Staat und c) die Ausrichtung der sozial- und fiskalpolitischen Gesamtbeeinflussung (Belastungen und Kompensationen) der unselbständigen Einkommen.

Vorab nur wenige Bemerkungen:

a) Jenseits kurzfristig angelegter (und z. T. bereits erschöpfter) Maßnahmen zur Konjunkturbelebung (z. B. im Wohnungsbau) sind die strukturpolitischen Konturen einer spezifischen Wachstums- und Modernisierungskonzeption der konservativen Koalition noch nicht deutlich sichtbar. Einige Maßnahmen, die bereits angelegt waren, wie z. B. das Verkabelungsprojekt, werden zwar mit großem Volumen und beträchtlicher Hektik vorangetrieben. Anderes kommt indes mühsam voran, so daß eine konzeptionelle Richtung, wie sie z. B. für die SPD durch die Hauff-Scharpf-Vorschläge für eine »Modernisierung der Volkswirtschaft« seit 1974 auf dem Tisch lag, noch diffus bleibt. Akzentverschiebungen liegen sicherlich darin, daß binnenwirtschaftlich gerichtete infrastrukturelle Vorhaben, wie sie im Zukunftsinvestitionsprogramm 1976-80 und jetzt durch das SPD-Konzept eines »Sondervermögens Arbeit und Umwelt« verfolgt wurden, nicht dominieren. An der Forschungspolitik Riesenhubs und dem Entwicklungsszenario Späths läßt sich vielmehr der Versuch ablesen, mit allen Mitteln einen großen Modernisierungssprung in der Mikroelektronik, Kommunikationstechnologie, Biogenetik usw. forcieren zu wollen. Daß inzwischen (wenig beachtet) beträchtliche Anteile der bisherigen Kernenergie-Förderungsmittel in diese Richtung umgelenkt worden sind, zeigt die Ernsthaftigkeit der Weichenstellung. Ob das Ganze vorrangig auf Mitmischen an der Weltmarktspitze gerichtet ist oder auch ein langfristiges Konzept der Umstellung der Sektorstrukturen nach sich zieht, muß sich zeigen. Jedenfalls ist »technische Innovation«, auch bei höchsten sozialen und Subventionskosten-Kosten, das wachstumspolitische Zauberwort, das hinter Kohls penetranter Gemütlichkeit die Köpfe der ökonomischen Macher bewegt.

b) Im Kräftedreieck Staat — Unternehmer — Gewerkschaften (als dem machtmäßigen Grundmuster der Gesellschaftspolitik) liegt die Kontinuität in der offenkundigen Partei-

nahme der FDP vor und nach der Wende für die Arbeitgeberverbände, während Veränderungen im Wechsel von SPD zu CDU/CSU sich als Drehung der Ambivalenz niederschlagen: während die SPD-geführte Regierung unter Schmidt eine gewerkschaftszentrierte Ambivalenz verfolgte, sucht die Kohl-Regierung die Balance einer unternehmerzentrierten Ambivalenz aufrechtzuerhalten. Auch die recht eindeutige Parteinahme gegen die Gewerkschaften im Streit um die 35-Stunden-Woche darf nicht zu der Annahme verleiten, die Unionsregierung werde die offene Konfrontation mit den Gewerkschaften als Grundzug ihrer Politik hervortreten lassen: eher ist zu erwarten, daß durch eine Reihe indirekter Vorstöße der Handlungsrahmen der Gewerkschaften eingeengt werden soll, im übrigen aber weiterhin »Neutralität« und »Parität« gegenüber den Sozialpartnern hervorgekehrt wird. Eine insgesamt aggressive Linie der Arbeitgeberverbände selbst gegenüber den Gewerkschaften (statt wie bisher gegenüber der Regierung) bei gleichzeitiger Zurückhaltung der Regierung könnte durchaus das (verabredete) Muster einer konservativen Gesamtpolitik bilden.

c) Hinsichtlich der sozial- und fiskalpolitischen Gesamtbeeinflussung der unselbständigen Einkommen haben seit dem Herbst 1982 zweifellos die Belastungen im Vordergrund gestanden (Sozialkürzungen, Mietenpolitik usw.). Man wird aber die konservative Arbeitskosten- und Einkommenssteuerung nur richtig verstehen, wenn man über einen längeren Zeitraum hinweg (auch unter Berücksichtigung des Verlaufs in der Legislaturperiode und wahlpolitischer Inszenierung) das gesamte Mosaik von Be- und Entlastungen berücksichtigt; die geplante Steuerreform, die familienpolitischen Regelungen sowie Wohngeld u.ä. Transferzahlungen werden bis zur Wahl 1987 von großem kompensatorischem/legitimatorischem Gewicht sein.

2. Die Vielfalt der Interessen und die selektive Einheit der Politik

In der Opposition war manches leichter. In der Regel können Oppositionsparteien ohne Handlungszwang und Bewährungsprobe in der öffentlichen Darstellung ihrer politischen Ziele wahllos die an sie herangetragenen gesellschaftlichen Interessen politisch relevanter Gruppen rhetorisch befriedigen. Konkrete Wahlversprechen bilden nur die Spitze des Eisbergs dieser diffusen Strategie, bei den verschiedensten organisierten Interessen Akzeptanz zu mobilisieren. Widersprüche, insbesondere sich finanziell oder anders ergebende Gegensätze können leicht erfolgreich verkleistert werden. Absehbare selektive Folgewirkungen politischer Programme entziehen sich in der Regel dem Beurteilungsvermögen durchschnittlicher Wähler. Dies gilt auch hinsichtlich der innerhalb einer Partei im engeren Sinne organisierten heterogenen Interessen und gesellschaftlichen Gruppen, die sich in »Strömungen«, Fraktionen und organisatorischen Untergliederungen niederschlagen.

Regierungshandeln hingegen, die konkrete Einleitung von policies, macht Entscheidung und Selektion unvermeidbar und ihre Folgen für Begünstigte und Nichtbegünstigte unübersehbar. Zwar mögen mit partiellem Nicht-Handeln die negativen Effekte der Eindeutigkeit vermieden werden; aber, insgesamt verändert sich für eine Partei die Situation beim Übergang aus der Opposition in die Regierung wesentlich: nun muß entschieden werden, nun müssen die verschiedenen zuvor rhetorisch befriedigten Interessen konkret begünstigt oder vernachlässigt werden, nun muß es zu einer konkreten Abwägung der Folgen solcher Begünstigungen bzw. Vernachlässigungen hinsichtlich der von den Parteien angestrebten Akzeptanz kommen.

Anders als es traditionelle Vorstellungen der »Klassen- oder Interessenpartei« lange Zeit suggerierten, anders auch als es umgekehrt die ideologische Vorstellung von »Volkspartei« nahelegt, ist die Klientel jeder größeren Partei in pluralistischen Gesellschaften heute vielfältig und heterogen. Interessengegensätze, auch solche sogenannter objektiver Art, spielen sich nicht nur zwischen Parteien ab, sondern bestimmen vielfältig die Prozesse in den Parteien und stellen von daher für Ausformulierung und Durchführung konkreter Politiken ein entscheidendes Problem dar. Wir wollen daher zunächst einige Dimensionen der heterogenen Klientelstruktur der konservativen Regierungskoalition sowie die sich durchaus ergebenden strategischen Handlungsdilemmata erörtern.

Fruchtbarer Leitfaden dafür kann die Erinnerung an die konzeptuelle und ideologische Offensive sein, die die Union seit Mitte der 70er Jahre mit dem Pseudo-Theorem der »Neuen sozialen Frage« eingeleitet hat. Die »Neue soziale Frage« kann in unserem Zusammenhang als der Versuch interpretiert werden, den traditionellen sozialstrukturell gegliederten Vorstellungen politischer Klientelgruppen und ihrer Bedürfnisse ein politisch-programmatisches Konzept zu konfrontieren, das gegenüber der relativ festen sozialstrukturellen Rückbindung eine größere manipulative Beliebigkeit bei der Definition und Bündelung gesellschaftlicher Interessen erlauben sollte. Bekanntlich war der wesentliche Inhalt der »Neuen sozialen Frage« die Behauptung, der traditionelle Klassenkonflikt der bürgerlichen Gesellschaft sei durch die erfolgreiche Verwirklichung insbesondere der gewerkschaftlichen Organisationsmacht in einen Zustand überführt worden, in dem die begrenzte Konfliktaustragung zwischen organisiertem Kapital und organisierter Arbeit gegenüber dem Merkmal der gemeinsamen Herrschaftsausübung durch Organisationsmacht im Verhältnis zu »nicht-organisierten« Interessen in den Vordergrund getreten sei. Das Neue an der »Neuen sozialen Frage« liege in der Vernachlässigung der nicht-organisierten Interessen und der absoluten wie relativen Privilegierung der durch erfolgreiche Organisationsmacht begünstigten Interessengruppierungen Kapital und Arbeit. Konkret empirisch werden als die nicht-organisierten und insofern vernachlässigten Gruppen in unserer Gesellschaft namentlich aufgeführt: die Frauen, die Hinterbliebenen, die Rentner, die Kinder, usw. Wie inzwischen vielfältig nachgewiesen, suggeriert die Benennung dieser empirischen Gruppen eine Pseudokonkretheit, die gerade von der realen Interessendifferenziertheit und inneren Heterogenität absieht. Neben dem ideologisch-manipulativen Interesse, den als »traditionalistisch« ausgegliederten Klassenkonflikt zwischen Kapital und Arbeit in den Hintergrund treten zu lassen, diente diese Pseudokonkretheit gerade der Erhaltung politischer Handlungsfähigkeit bei der zunächst nur noch rhetorischen Befriedigung der verschiedenen Interessenlagen.

Nach zwei Jahren Regierungstätigkeit liegt die Frage nahe, was aus der in dieser Konzeption angekündigten Begünstigung der nicht-organisierten Interessen, was aus der in ihr ebenfalls enthaltenen Strategie der Einschränkung und Zurückdrängung der Organisationsmacht der großen Interessengruppen, insbesondere der Gewerkschaften, geworden ist. Dazu einige Beispielfälle.

a) *Frauen, Jugend, Mieter*

Als besonders einschneidend haben sich bisher die politischen Maßnahmen verbunden mit einer entsprechenden rhetorischen Darstellung erwiesen, die darauf gerichtet sind, die Lage der Frauen, insbesondere erwerbstätiger Frauen, schwerwiegend zu verändern. Die Dilemmata allgemeiner rhetorischer Mobilisierung von Akzeptanz bei gleichzeitiger selektiver Interessenpolitik werden hier deutlich. Im Rahmen der Propagierung der »Neuen sozialen

Frage« waren es vor allem Frauen, besonders ältere Frauen und Hinterbliebene sowie Alleinerziehende, bei denen soziale Probleme erkannt wurden. Fraueninteressen erschienen als einer der klassischen Fälle (neben Kindern und Alten), die durch ihre Nicht-Organisiertheit permanent vernachlässigt würden. Im eklatanten Widerspruch zur anerkannten Benachteiligung von Frauen auf der programmatischen Seite steht eine Orientierung der frauenspezifischen Aspekte der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Familienpolitik, durch die die materielle und rechtliche Situation von Frauen, insbesondere von berufstätigen Frauen, an allen Ecken und Kanten verschlechtert wird. Das auch mit erheblichem ideologischen Aufwand als Wahlkampfversprechen propagierte »Baby-Jahr« ist längst vom Tisch. Demgegenüber gibt es Einschränkungen des Mutterschafturlaubsgeldes um ein Drittel. Im Bereich des Arbeitsförderungsgesetzes ist durch die Einführung der Familienabhängigkeit der Leistungen insbesondere die Situation verheirateter arbeitsloser Frauen negativ betroffen; unter Hinweis auf die berufliche Stellung ihres Ehemannes werden die ihnen nach dem Arbeitsförderungsgesetz zustehenden Umschulungs- und Fortbildungsleistungen verweigert. Insofern die allgemein herrschende Arbeitslosigkeit insbesondere zur Herausrückung und damit Arbeitslosigkeit von Frauen geführt hat, ist die Gruppe durch die generellen Einschränkungen und Kürzungen im Bereich von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe wiederum besonders betroffen. Zu erwähnen ist auch die erneute Verschiebung der vom Bundesverfassungsgericht seit längerem geforderte Gleichstellung in der Altersversorgung, wo inzwischen klar geworden ist, daß die ursprünglich angestrebte siebenzig-prozentige Restversorgung eines einzelnen Hinterbliebenen mit Bezug auf die vorherige Gesamtversorgung im Zuge der allgemeinen Kürzungs- und Sanierungsmaßnahmen gesenkt werden soll.

Beurteilt man in unserem Zusammenhang die Tendenz aller dieser politischen Maßnahmen, so wird erkennbar, daß sich dahinter keineswegs eine politische Strategie der Begünstigung der Nichtorganisierten verbirgt. Im Gegenteil ist der offenkundig intendierte Effekt der jetzigen »Frauenpolitik« neben den gewünschten arbeitsmarktpolitischen und finanzpolitischen Gesichtspunkten, die Wiederherstellung der tendenziell überwundenen Vereinzelung der Frau durch ihre Rückverweisung in den Kontext der familialen Abhängigkeit. Leitbild ist unübersehbar nicht die berufstätige Frau mit eigenen sozialpolitischen Ansprüchen, sondern die an die Familie und das Haushaltseinkommen des prototypisch männlich gedachten Haushaltsvorstandes gebundene abhängige Ehefrau, Mutter und (unbezahlte) Haushaltshilfe. So ist es nicht verwunderlich, daß neben den konkreten haushaltspolitischen und gesetzestechnischen Entscheidungen eine ideologische Offensive zugunsten dieses Frauenbildes gestartet wurde, für die die 19. Bundestagung der Sozialausschüsse der Christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft 1981 unter dem Titel »Die sanfte Macht der Familie« eine entscheidende ideologiepolitische Weiche darstellte. Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß sich im Rahmen der organisierten Frauen innerhalb der Union partiell Widerstand gegen diese ideologische Wende und die aus ihr resultierende Politik erhoben hat; die Ergebnisse der bisherigen Politik lassen aber eindeutige Schlüsse auf die Durchsetzungsfähigkeit der nichtorganisierten Interessen auch in der Union zu.

In engem Zusammenhang zu den frauenspezifischen Komponenten der konservativ-liberalen Regierungspolitik stehen die jugend- und bildungspolitischen Beschlüsse und Maßnahmen dieser Regierung. Ungeachtet der insbesondere in Kreisen der CSU manchmal eindeutigen bevölkerungspolitischen Zungenschläge hinsichtlich des als Gefahr beschriebenen Aussterbens der Deutschen irgendwann im nächsten Jahrtausend, ist die interessenpolitische Ausrichtung der gerade beschlossenen Umstellung des Kindergeldes von allgemeinen Festbeträgen auf (ein-

kommensabhängige) steuerliche Kindergeldfreibeträge eindeutig. Wie in allen anderen Aspekten des Steuerrechts auch begünstigen Freibeträge die besser Verdienenden und führen zu einem relativen Nachteil derjenigen, die aufgrund ihres geringeren Einkommens nicht in den vollen Genuß der steuerlich zugelassenen Absetzungsmöglichkeiten kommen können. Wenige Maßnahmen machen die Umverteilungsabsichten der konservativ-liberalen Regierungskoalition zugunsten mittlerer und höherer Einkommen so deutlich wie dieser Beschluß, erneut vom festen Kindergeld zur Absetzungsmöglichkeit zurückzugehen. Bereits vorher war das familienpolitisch und bildungspolitisch gleichbedeutende Schüler-Bafög abgeschafft und die Bafög-Gewährung für den tertiären Ausbildungsbereich auf Darlehensbasis umgestellt worden. Auch wenn man die zum Teil pauschale Kritik der Darlehenskonstruktion nicht in allen Teilen zu unterstützen vermag, so ist doch sicher, daß eine isolierte Umstellung auf Darlehensbasis bei der Studienförderung die aus vielen Untersuchungen bekannten sozialselektiven Wirkungen haben wird, die einkommensmäßig und sozialstrukturell in Zukunft das Studium und damit nach wie vor den Zugang zu besseren Lebensverhältnissen und Einkommensaussichten zu einem Privileg für die Kinder von »besser Gestellten« werden lassen. Diese Maßnahmen werden in Verbindung mit anderen (Elitenkonzept, Umstrukturierung der Studiengänge etc.) verstärkt einen Verdrängungswettbewerb von Abiturienten auf dem Arbeitsmarkt herbeiführen, durch den sich die in den letzten Jahren unübersehbare Krise des beruflichen Ausbildungssystems noch wesentlich verschärfen wird. Gerade im Umgang mit der sogenannten »Lehrstellen-Problematik« verrät Handeln und Reden der konservativ-liberalen Regierungskoalition in manifester Weise die gesellschaftspolitischen Grundideologien, die hier in praktische Politik umgesetzt werden. Leistungskonkurrenz und zum Teil zynischer Verweis auf Selbstverantwortung bilden das ideologische Gerüst einer Vorstellung von Konkurrenzgesellschaft, in der der Einzelne angeblich seines Glückes Schmied sein könne. Im Kontext der Lehrstellen-Problematik bedeutet der regierungsamtliche Verweis auf Selbstverantwortung und Eigeninitiative nichts anderes als die Entlastung des Sozialstaates von seiner verfassungsmäßigen und politischen Verpflichtung, den Mitgliedern dieser Gesellschaft eine ausreichende Bildungs- und Ausbildungsperspektive zur Verfügung zu stellen. Erst auf dem Hintergrund einer wirksamen Garantie vielfältiger Möglichkeiten wäre der Appell an die Eigenverantwortung der jugendlichen Schulabgänger kein Zynismus. So aber bedeutet er die Abweisung eines gesellschaftlichen Problems in die private und individuelle Verarbeitung. Auch bei den Jugendlichen, speziell bei denjenigen, die einen Ausbildungsplatz nachfragen, ohne ihn angesichts der jetzigen Struktur der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen mit Sicherheit erwarten zu können, erweist sich die Politik der konservativen Koalition als eine Strategie der Vereinzelung und Isolierung, durch die sich Staat und Gesellschaft von ihren Verpflichtungen zu entlasten trachten und durch die zugleich eine politisch wirksame Zusammenfassung und Organisation der Interessen der Betroffenen behindert wird. Auch in diesem Fall erweisen sich die propagierten Ziele der »Neuen sozialen Frage« als ideologische Nebelschleier vor einer gegenteilige Ziele realisierenden Politik. Was am Beispiel der Frauen und der Kinder bzw. Jugendlichen gezeigt worden ist, ist unseres Erachtens symptomatisch für die Strategie der konservativ-liberalen Regierungskoalition. Der politisch-ideologische Appell richtet sich an alle, an die ideologisch unterstellte Identität allgemeiner Interessen und spezifisch angesprochener Gruppen, während unter dem Deckmantel dieser Rhetorik die konkrete Umsetzung in politische Maßnahmen der Selektion nach altbekannten Mustern konservativer und auch liberaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik folgt. Man muß allerdings sehen, daß eine solche Kluft zwischen dem tendenziell po-

pulistischen Appell an weitgespannte und divergierende gesellschaftliche »Gruppen« und einer selektiv begünstigenden Politik auf die Dauer die für Strategien des Machterhalts oder auch des Erhalts politischer Handlungsfähigkeit in der Macht notwendige Akzeptanz gefährden kann. Anzeichen dafür könnten in den wachsenden Anteilen von Grün-Wählern bei den jüngeren Jahrgängen liegen. Ob die Regierungsparteien diese Entwicklung zumindest als machtpolitische Grenze ihrer Strategie deuten werden, oder ob sie hoffen, mit einer leistungs-ideologischen Einstellungspolarisierung innerhalb der jungen Generation ein konservatives Wählersegment sogar besser stabilisieren zu können, ist bisher noch offen. In Bezug auf die Benachteiligung der Frauen ist noch weniger ersichtlich, wo die konservativ-liberale Politik an eine Grenze der politischen Akzeptanz stoßen könnte.

Ein Problemfeld, in dem wir in Zukunft besondere Probleme erwarten, ist der Bereich Wohnen, Wohnungs- und Eigenheimbau sowie Mieten. Die ideologisch-programmatische Perspektive der konservativen Koalition ist eindeutig auf die Förderung des familienbezogenen Eigenheimbaus fixiert. Andererseits stellen die ökonomischen und gesellschaftspolitischen Interessen der Besitzer von Mietwohnungen gerade im Bereich des politisch organisierten Mittelstandes eine nicht unwirksame Interessenlobby dar, die in den Parteien der Union ebenso wie in der FDP schwer zu vernachlässigen ist. Schließlich stellte der die letzten Jahre dominierende abschreibungs- und anlageorientierte Wohnungsbaumarkt konjunktur- und wirtschaftspolitisch ein willkommenes Stimulans, das zwar auf Seiten der Regierungsparteien in einem ideologischen Spannungsverhältnis zu der familienbezogenen Eigenheimideologie steht, das aber wegen seiner Konjunktur-Wirkungen gern gesehen wurde. So waren denn die Einschränkungen, die sich aufgrund der Maßnahmen der neuen Regierungskoalition für sogenannte Abschreibungsfinanzierungsgesellschaften im Baumarkt ergaben, auch keineswegs eindeutig und lassen nach wie vor den steuerbegünstigten Gewinn für die abschreibungsfähige Klientel der drei Regierungsparteien zu. Andererseits stellen die nicht zuletzt durch diese Methoden der Baufinanzierung mitbedingten Verzerrungen im Angebot von Mietwohnungen zugunsten von zu vielen teuren, zu luxuriösen Wohnräumen angesichts der ökonomischen Struktur der Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt nach großen und billigeren Wohnungen ein politisches Problem ersten Ranges dar. Diese Vielschichtigkeit der von der Regierungskoalition zu berücksichtigenden Interessenlagen schlägt sich in der Widersprüchlichkeit der Wohnungsbaupolitik und Mietenpolitik nieder. Einerseits wurde mit der mietrechtlichen Zulassung der sogenannten Staffelmiete quasi eine automatische Anpassung (nach oben natürlich!) der Mieten auf eine Weise legalisiert, die die Regierungspolitik gerade wegen ihres automatischen Charakters von zukünftigem politischen Entscheidungsbedarf entlasten soll. Andererseits hat die Regierung versucht, mit der Begünstigung von Zwischenkreditfinanzierungen den von ihr favorisierten familienbezogenen Eigenheimbau zu stimulieren; wie jüngsten Pressemeldungen zu entnehmen ist, scheint die Wirkung dieser vorübergehend wirksam gewordenen Maßnahmen inzwischen zu verpuffen und die alte Krisensituation im Baugewerbe sich wieder herzustellen. Die wohnungsbaupolitischen Beschlüsse vom Juli 1984 (keine Besserstellung des Zweifamilienhauses nach § 7 b mehr) versuchen offenbar ein kombiniertes Vorgehen von Förderung der Baukonjunktur, Familienorientierung und Erweiterung der Marktchancen für freifinanzierten Mietwohnungsbau, verbunden mit einer Mobilisierung des Kaufs von Häusern und Eigentumswohnungen.

Die Situation im Bereich von Wohnen und Mieten ist politisch selbstverständlich aufs engste verknüpft mit der Entwicklung der Realeinkommen, und so steht zu erwarten, daß die nunmehr zulässige quasi-automatische Steigerung der Mieten bei anhaltend schlechter oder gar

negativer Tendenz auf dem Arbeitsmarkt für einen immer größeren Kreis von Betroffenen zu einer massiven Gefährdung ihres bisherigen Wohnstandards führen wird. Dabei ist die Marktstruktur fast nirgendwo so, daß ein Anpassen dieser Standards nach unten — unabhängig davon, ob es politisch gewünscht oder moralisch zu fordern wäre — möglich wäre. Als indirekte Folgewirkung dieser absehbaren Entwicklung steht zu erwarten, daß sich die Probleme auf dem privaten Mietmarkt als Belastung der öffentlichen Haushalte, insbesondere des Sozialhaushaltes (Wohngeld) niederschlagen werden. Schon in den letzten zwei bis drei Jahren sind die Auszahlungen im Bereich der Mietzuschüsse sprunghaft angestiegen, und nur eine restriktive Politik hinsichtlich der Obergrenzen für die Berechtigung kann verhindern, daß sich hier eine erneute krisenhafte Belastung der öffentlichen Haushalte ergibt. Die aus einer solchen Politik resultierenden Gefährdungen der Akzeptanz und der Massenunterstützung sind offenkundig. Es erscheint denkbar, daß 1986/87 im Vorfeld der nächsten Bundestagswahl Wohngeldanhebungen beschlossen oder versprochen werden, die vorübergehend Loyalität sicherstellen sollen.

b) Bauern, Gewerkschaften

Wie eingangs zu diesem Abschnitt festgestellt, war eine der entscheidenden ideologischen Komponenten der »Neuen sozialen Frage« die These von der dominierenden Macht der Großverbände und ihres Einflusses auf die Regierungspolitik sowie die daraus scheinbar gefolgte Strategie einer Zurückdrängung des verbandlichen Einflusses. Wir haben bisher an Beispielen zu zeigen versucht, daß auf Seiten der Stärkung der Interessen der Nichtorganisierten bzw. ihrer materiellen Begünstigung die bisherige Regierungspolitik den damals propagierten Zielen keineswegs folgt, ja mit Strategien der Vereinzelung und der Schlechterstellung eindeutig widerspricht. An zwei Beispielen soll nun abschließend gezeigt werden, daß auch die in der »Neuen sozialen Frage« pauschal reklamierte Bekämpfung verbandlicher Monopole und gesellschaftlicher Großorganisationen in voraussagbarer Weise selektiv erfolgt. Wie in der kritischen Analyse der ideologischen Grundlagen der »Neuen sozialen Frage« bereits in den 70er Jahren eindeutig vorausgesagt, erweist sich die allgemein behauptete Politik der Zurückdrängung des Einflusses großer Verbände in ihrer konkreten Umsetzung (und wohl auch in ihren Intentionen) als eine Anti-Gewerkschaftspolitik. Ihr Ziel ist nicht die Zurückdrängung der verbandsförmigen Struktur politischer Willensbildung überhaupt, sondern der Kampf gegen den als zu mächtig empfundenen oder als zu mächtig unterstellten Einfluß der organisierten Gewerkschaftsbewegung. Daß es nicht um den Einfluß von Verbänden überhaupt geht, zeigt jüngst, wenn es dessen überhaupt bedurft hätte, das blitzschnelle Umfallen der Bundesregierung gegenüber dem organisierten Druck des Bauernverbandes, die aus den EG-Beschlüssen resultierenden Nachteile für die deutsche Landwirtschaft im Zuge der Veränderung des Grenzausgleichs durch nationale Subventionen im Umfang von 3 Milliarden Mark zu neutralisieren. Ungeachtet der Probleme, die sich die Bundesregierung mit diesen Beschlüssen auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft einhandelt, wo sie eindeutig als Konterkarierung der dort auch von der Bundesregierung angestrebten Ziele wahrgenommen worden sind, war die massive Kampagne des Bauernverbandes nach nur 14 Tagen erfolgreich und führte zu einer finanzpolitisch nicht unbedeutenden neuen Subvention. Die Folgekosten werden inzwischen auf 22 Mrd. geschätzt! Keine kritische Bemerkung war in diesem Zusammenhang von den Vertretern der konservativen Koalition hinsichtlich des konzentrierten Angriffs des Verbandslobbyismus zu hören. Anders liegt die Stoßrichtung der Regierung im Kräftedreieck Staat — Unternehmer — Gewerkschaften. Wenn es dessen bedurft hätte, so zeigt das Verhal-

ten der derzeitigen Regierung im letzten Jahr im Vorfeld und Verlauf des Tarifkonfliktes 1984 um eine neue Arbeitszeitregelung den aktuell antigewerkschaftlichen Ansatz der strategischen Konzeption dieser Regierung überdeutlich. Man muß sehen, daß die eindeutigen Stellungnahmen der Regierung bzw. von relevanten Regierungsmitgliedern, die sich noch nicht einmal den Anschein einer ja sowieso stets problematischen Neutralität der Regierung in gesellschaftlichen Konflikten zu geben suchen, in einem eindeutigen Kontext mit vielen gesellschaftspolitischen und sozialpolitischen Maßnahmen stehen, deren gemeinsames strategisches Ziel die Schwächung der Organisationsmacht der Gewerkschaften, auch hier also eine Strategie der Vereinzelung, in diesem Fall des einzelnen Arbeitnehmers, darstellt. Um einige Zusammenhänge zu erwähnen: Neben den betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Aspekten einer Arbeitszeitverkürzung werden häufig die machtpolitischen Optionen übersehen oder verkannt, die sich hinter den verschiedenen Strategien und Modellen der Arbeitszeitverkürzung bzw. ihrer Flexibilisierung verbergen. Im Kern handelte der Tarifkonflikt 1984 von der Frage, *wie* die in der nächsten Zeit mit Sicherheit auf irgendwelche Weisen zu begrenzende Gesamtarbeitszeit gekürzt werden soll. Dabei erweisen sich die von der Arbeitgeberseite ebenso wie von Teilen der Regierung favorisierten Strategien der Flexibilisierung als Strategien der Vereinzelung, die auf Seiten der Arbeitgeber und der Einzelbetriebe eine größere Handlungsfreiheit und Reaktionsmöglichkeit gegenüber konjunkturellen oder arbeitsbedingten Erfordernissen beim Einsatz der Arbeit ermöglichen. Auf Seiten der Beschäftigten erhöhen individualisierte Strategien der Flexibilisierung der Arbeitszeit zwar einerseits auch individuell gegebene Dispositionsmöglichkeiten, schaffen aber insbesondere interessenpolitisch im Konflikt zwischen Kapital und Arbeit für die organisierte Arbeiterbewegung eine prekäre Situation. Traditionell kann der Inhalt von allgemeinen Tarifabschlüssen ja zwei wesentliche Inhalte haben: Lohn und Arbeitszeit. Nachdem im Felde der betriebsspezifischen übertariflichen Besoldung und der generell üblich gewordenen Kluft zwischen tariflichem und übertariflichem Entgelt in weiten Bereichen des faktischen Arbeitsmarktes bereits die Interventionsmacht der Gewerkschaften dadurch erheblich eingeschränkt worden ist, daß ihr tendenziell auf der Ebene genereller Tarifverhandlungen die Möglichkeit zur Beeinflussung des Reallohnes auf Betriebsebene genommen wird, bedeutet eine Strategie der Flexibilisierung der Arbeitszeit, daß auch in diesem Bereich ein wesentlicher Inhalt, durch den bisher die Organisationsmacht der Gewerkschaften begründet wurde, unterminiert wird. Die strategische Ausrichtung sowohl der Arbeitgeberorganisationen wie auch der Bundesregierung an diesem Ziel der Aushöhlung der Verhandlungsmacht der Gewerkschaften ist im Zuge des letzten Tarifkonfliktes unübersehbar geworden. Damit findet sich nun auch im Bereich der Tarifpolitik und des Tarifrechts, was zum Beispiel im Bereich der vermögenspolitischen Konzeptionen, aber auch im Bereich der betriebsspezifischen Alterssicherungssysteme seit längerem zu beobachten ist: nämlich die eindeutige Tendenz der Kapitaleseite, die natürlich von den entsprechenden politischen Kräften rhetorischen und legislatorischen Flankenschutz bekommt, zu einer betriebsbezogenen Dezentralisierung und zu einer Unterminierung der häufig sozialstaatlich konstituierten zentralen Sicherungs- und Vermögensbildungssysteme zu kommen. In dieser Strategie wird an die häufig als Parität beschworene, aber faktische tarifpolitische Disparität von Kapital und Arbeit angeknüpft. Wie in vielfältigen Analysen überzeugend nachgewiesen, verkennt die Paritätsannahme die Tatsache, daß die Handlungsautonomie und politische Durchsetzungsfähigkeit der Kapitaleseite nicht, die der Arbeiterbewegung bzw. Gewerkschaftsbewegung aber nahezu ausschließlich auf Organisationsmacht beruht. Kon-

zepte, die im Zuge der Dezentralisierung und Flexibilisierung der klassischen Gegensätze des Tarifkonflikts die Organisationsgrundlagen der Gewerkschaftsbewegung zu unterminieren suchen, tragen damit eindeutig zu einem Prozeß bei, in dem der konstitutionelle Beitrag der Gewerkschaften zum politischen System der Bundesrepublik mittelfristig zur Disposition gestellt wird. Konservative Regierungen könnten dann langfristig auf offene Konfrontation mit Gewerkschaften in dem Maße verzichten, in dem eine dezentralisierende Unterhöhnung der Aktionsgrundlagen wirksam würde.

Eine solche Strategie stellte allerdings, würde sie nicht nur von der Kapitaleseite, sondern auch von den politischen Kräften der derzeitigen Regierungskoalition bewußt verfolgt, eine Reihe von allgemeinen politischen und auch wissenschaftlichen Fragen. Die in den 70er Jahren erstellten Analysen im Kontext der Spätkapitalismustheoriediskussion, der Diskussion über sozialdemokratischen Keynesianismus oder allgemeiner über die Stabilisierungsbedingungen einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung unter weltmarktinduzierten Krisenbedingungen gingen ja stets davon aus, daß spezifische Systemleistungen (»Ordnungsfunktionen«) der Gewerkschaften keine zufällige, sondern vielmehr eine notwendige Voraussetzung für die Perpetuierung dieser Gesellschaftsordnung darstellten. Dabei hat die Korporatismusdiskussion ebenso wie die Analysen über den sozialdemokratischen Keynesianismus relativ einsichtig die Mechanismen aufgewiesen, die im engen Zusammenspiel zwischen sozialdemokratisch geführten Regierungen und sozialdemokratisch orientierten oder dominierten zentralistischen Gewerkschaften eine Krisensteuerungspolitik ermöglichen. Aus dieser Perspektive betrachtet stellte sich bei Beginn der konservativ-liberalen Regierungskoalition die Frage folgendermaßen: gab/gibt es Möglichkeiten einer spezifischen Fortführung der partiell erfolgreichen Krisenbewältigungspolitik der sozialliberalen Koalition auf korporatistischer Basis im Sinne eines konservativen Modells von Korporatismus, oder genauer: welche funktional äquivalenten Mechanismen zur partiellen Loyalitäts- oder Akzeptanzerzeugung bei der organisierten Arbeitnehmerschaft standen oder stehen einer konservativen Regierung zur Verfügung?

Andererseits bestand die Möglichkeit, die (hier pauschal so bezeichnete) korporatistische Politikvariante der Krisenbewältigung der sozialliberalen Koalition durch ein nichtkorporatistisches Konfliktmodell des, polemisch gesagt, »Klassenkampfes von oben« zu ersetzen. Das Verhalten der derzeitigen Regierung im letzten Jahr im Vorfeld und im bisherigen Verlauf des jetzigen Tarifkonfliktes spricht allem äußeren Anschein nach dafür, daß sich die Regierung jedenfalls zunächst und auf absehbare Zeit für die letztere Option entschieden hat. Damit stellt sich aber sofort die weitergehende Frage, welche integrierenden Mechanismen und Ersatzweisen der Loyalitätsbeschaffung, auf die ja auch die derzeitige Regierung im Bereich der organisierten Arbeitnehmerschaft und der Beschäftigten insgesamt angewiesen bleibt, die Regierung einzusetzen vermag.

Wir glauben, daß die Antworten auf diese Fragen vor allem im Bereich der Ideologiekritik gesucht werden müssen. Die Herstellung von ausreichender Akzeptanz und Loyalität, auch im Hinblick auf Unterstützung bei Wahlen, beruht ja in erheblichem Maße gar nicht auf den materiellen Inhalten tatsächlich durchgeführter Regierungspolitik, so wie sie sich etwa der nachträglichen sozialwissenschaftlichen Analyse erschließen würden. Sie ist vielmehr in erheblichem Maße von der subjektiven Perzeption, den gesellschaftlich wirksamen Deutungsmustern abhängig, in die aktuell jeweils die persönliche und gesellschaftliche Situation integriert und vermittels dessen eigenes wie fremdes Handeln, auch das der Regierung, bewertet werden muß. Die ideologiekritische Wende in den letzten beiden Jahren ist nun allerdings

unübersehbar. In der Bevölkerung weitverbreitete Grundströmungen von Antietatismus und Ressentiment gegenüber vor allem mit linker Reformpolitik identifizierter Bürokratie werden in dieser ideologischen Offensive geschickt instrumentalisiert, um an die sogenannte Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft zu appellieren. Jeder, der Erfolg hat, wird es gerne hören, daß sich dieser seiner eigenen Leistung verdankt. »Leistung muß sich wieder lohnen!« Die aber, die wie die zweieinhalb Millionen Arbeitslosen zunehmend in materielle und psychosoziale Deprivation abrutschen, sollen ihre eigene Situation ebenfalls nach diesem ideologischen Muster begreifen. Nicht die Gesellschaft, nicht Regierungshandeln insbesondere, sondern ungenügende individuelle Leistungsbereitschaft sind danach angeblich die Ursache für das »Scheitern« am ideologisch propagierten Bild des »Erfolgs«. Der permanente Appell an Selbstverantwortung und Leistungsbereitschaft, die Mobilisierung antietatistischer und antireformerscher Grundströmungen nehmen einen zentralen Platz in einer *Strategie der Verantwortungsverlagerung* ein. Entlastet von Verantwortung und materieller Leistung wird der Staat, belastet mit Verantwortung und materieller Anforderung wird der einzelne Bürger. Zentrale Leitwerte werden in diesem Kontext individualistisch interpretiert: Wachstum, Wohlstand und Sicherheit werden entsozialisiert, selbst der gesellschaftliche Wert von Solidarität im Rahmen der offensiven Strategie der Neo-Subsidiarität, als Entlastungsvokabel für gesellschaftliche Verantwortung zugunsten privat zu erstellender Gruppenleistung umfunktioniert. Die Ideologie der Selbständigkeit wird in allen Bereichen massiv propagiert und subventioniert: Betriebsgründungen, und mögen sie volkswirtschaftlich noch so belanglos sein und durch zahlreiche Zusammenbrüche eben solcher gerade kleinerer Unternehmen konterkariert werden, erfreuen sich der propagandistischen Aufmerksamkeit des Wirtschaftsministeriums und werden im Wirtschaftssteil der FAZ als Erfolg für die Wende dokumentiert. Als Arbeiter oder Angestellter lohnabhängig beschäftigt zu sein, wird tendenziell wieder zum minderen gesellschaftlichen Status umgewertet. Makroökonomisch korrespondiert dieser ideologischen Orientierung ein einziges durchgehaltenes Ziel, das sich an der immanenten Rationalität kapitalistischer Verwertung allerdings ganz unzweideutig auch als tragend erweist: Im Zentrum aller ideologischen Bemühungen wie praktisch politischen Maßnahmen steht die Senkung der »Kostenbelastung« des Kapitals ebenso wie der öffentlichen Haushalte durch die relative Abwertung des Preises der Ware Arbeitskraft der lohnabhängig Beschäftigten. Ambivalent ist diese Strategie allein im Bereich der Beamten und des Öffentlichen Dienstes; das gilt sowohl hinsichtlich der ideologischen wie der materiellen Komponenten. Entstaatlichung und Reprivatisierung bei den Konservativen darf ja nicht etwa mit dem weitverbreiteten Antietatismus in den neuen sozialen Bewegungen identifiziert werden, wenn sich auch gerade im Bereich der Sozialpolitik in den letzten Jahren hier prekäre Koalitionen und Vermischungen zwischen Neo-Subsidiarität und alternativer Sozialpolitik ergeben haben. Entstaatlichung und Entbürokratisierung heißt für die konservative Koalition generell Verantwortungsverlagerung hinsichtlich der materiellen Leistungen zu deren Kompensation. Darüber aber wölbt sich ideologisch wie faktisch ungebrochen die Staatsautorität, zu deren Erhalt die Propagierung der traditionellen Grundsätze des Berufsbeamtentums ebenso wie die Sicherheitspolitik im inneren wie in der internationalen Politik gehören. Auch der Stil staatlicher Verlautbarungen und die Präsenz nationalistischer Symbole spielen hier eine entscheidende Rolle, wie jüngst die Feierstunde zum 17. Juni im Deutschen Bundestag eindrucksvoll dokumentierte, in der der aus der Versenkung wiedergeholte CDU-Politiker Gerhard Schröder mit seinen deutschlandpolitischen Formulierungen weit hinter das Entspannungsklima der 70er Jahre zurückgriff. Na-

tional- und Staatsbewußtsein erfahren eine massive Aufwertung und wenn sich Karlheinz Bohrer programmatisch um die »Ästhetik des Staates« besorgt zeigte, so darf man sicher sein, daß er allenfalls die Fähigkeiten der jetzigen Regierung, nicht aber ihre Absichten zu kritisieren gedachte.

Zusammenfassender Ausblick

Daß eine Analyse konservativer Regierungspolitik die wesentliche Bedeutung der Orientierung an kapitalistischen Interessen und Systemvorstellungen herausarbeitet, kann nicht überraschen. Das eigentliche Problem einer konservativen Politik liegt indes jenseits dieses Grundtatbestandes in der Frage, wie in der überwiegenden aus Nicht-Unternehmern bestehenden Gesamtbevölkerung jeweils aktuell die politische Loyalität und Unterstützung einer (Wähler-)Mehrheit für eine mit Kapitalprämissen vereinbare Politik gefunden werden kann. Mit Hinweisen auf rhetorisch-manipulative Ideologieverbreitung läßt sich die erfolgreiche Lösung dieses Loyalitätsproblems nicht allein erklären.

Für eine »Volkspartei« in einer »pluralistischen Gesellschaft« wird der loyalitätspolitische Erfolg viel mit der Art und Weise des Umgangs mit gesellschaftlichen Gruppen und ihren Interessen zu tun haben. Da solche Gruppeninteressen in mehr oder weniger eindeutiger Weise vorgegeben sind, stellt sich die strategische Alternative so, daß entweder eine politisch geschickte Addition explizit identifizierbarer Gruppeninteressen versucht werden kann, oder aber eine zu Gruppeninteressen querliegende Ideologie- oder Issue-Strategie, die zu einer starken Relativierung gruppenbezogener Interessenlagen und Orientierungen geeignet ist. Während in der gegenwärtigen Regierungskoalition die Position der FDP (solange noch existent) eindeutig einzuordnen ist (Gruppenpolitik für den selbständigen Mittelstand und die leitenden Angestellten und Beamten), befinden sich die Unionsparteien in einer ungleich komplizierteren Situation: Diejenigen Gruppen, in denen sie die ganz unbestrittene Meinungsführerschaft (auch wählerwirksam) innehat, die Selbständigen und die Landwirte, sind zahlenmäßig klein (z.T. sogar aktuell verunsichert), während die fast 90 % der Erwerbstätigen ausmachenden Beamten, Angestellten und Arbeiter auf Grund ihrer sozialen Stellung als abhängig Beschäftigte nicht primär zur Union, sondern eher zur SPD tendieren würden, und die Einstellungen der Rentner und der nicht-erwerbstätigen Ehefrauen durch ihre Familienumwelt bzw. frühere Stellung mindestens stark geprägt werden. Traditionelle Einstellungen und Bindungen haben nach 1945 bei den Beamten und Angestellten, aber auch bei kirchlich gebundenen Arbeitern der CDU/CSU überhaupt ermöglicht, sich als bürgerliche Mehrheitspartei zu etablieren (bei damals aber wesentlich größerer Zahl von gewerblichen und landwirtschaftlichen Selbständigen). Der »Genosse Trend« in den 60er (und frühen 70er) Jahren schien aufgrund der sozialstrukturellen Verschiebungen zugunsten einer wesentlich höheren Abhängigenquote diese Situation dauerhaft zugunsten der SPD zu verschieben und zusätzlich durch einen Säkularisierungstrend zu Lasten der Unionsparteien zu verfestigen. »Wende 1982« und Bundestagswahl 1983 sprechen zwar gegen die vor mehr als einem Jahrzehnt entwickelten Trendannahmen, aber das langfristige Problem der Loyalitäts- und Wählersicherung seitens der Union ist damit immer noch anschaulich und grundsätzlich beschrieben. Abgeschwächt zeigte sich die Schwierigkeit freilich im Bereich der Beamten (und weiterer Teile des Öffentlichen Dienstes), weil hier bereits in den 70er Jahren, nicht zuletzt gefördert durch die konservative Grundorientierung des Deutschen Beamten-

bundes, eine knappe Meinungsdominanz des traditionellen Konservatismus gegenüber dem SPD-Trend stabilisiert werden konnte. Um diese günstige Ausgangsposition nicht zu gefährden, wird die unionsgeführte Regierung in den einschlägigen Politikfeldern, z.B. in der Steuerpolitik und insbesondere beim Thema »Harmonisierung der Alterssicherungssysteme«, aller Wahrscheinlichkeit nach keine Maßnahmen treffen, die dieses spezifische Gruppeninteresse ernsthaft verletzen würden (zumal auch in den Unionsparteien die Angehörigen des Öffentlichen Dienstes parteiorganisatorisch eine außerordentlich starke Stellung haben und in diesem politisch-strategisch so sensiblen Bereich keineswegs den parallelen Konkurrenten in der SPD das Feld überlassen wollen). Die Lage in diesem Teilbereich wird aber kaum dazu führen, daß die Union dazu übergehen wird, Beamte, Angestellte und/oder Arbeiter explizit in ihrer (evtl. gemeinsamen) sozialökonomischen Gruppenidentität anzusprechen; denn durch eine Thematisierung auf der Ebene von Gruppeninteressen würde sie ggf. der SPD zu stark in die Hände arbeiten. Vielmehr wird sie ihre Chance in einer »negativen Gruppenpolitik« suchen, nämlich kleinere Teilgruppen herauszubringen und mit Hilfe übergeordneter, querliegender ideologischer Konzepte und Issues die Gruppenidentitäten insgesamt, insbesondere die der abhängigen Beschäftigung, aufzulockern, so daß fragmentierte politische Motive freigesetzt und Verbindungen auf allgemeiner ideologischer und systempolitischer Ebene verfügbar gemacht werden können. Mit den oben an einer Reihe von Beispielen sichtbar gemachten ideologischen Einzelkonzepten und Grundorientierungen (die andernorts einer systematischen Aufarbeitung unterzogen werden müßten) hofft die Union sicherlich, nicht nur die kurzfristige Machterhaltung zu sichern, sondern zugleich ein langfristiges ideologiepolitisches Problem, das zugleich ihr zentrales parteistategisches Problem ist, zu lösen: die Modernisierung ihrer ideologischen Basis auf säkularisierter Grundlage. Zwar lassen sich nach wie vor an allen einschlägigen Wahlanalysen in der Tendenz noch die traditionellen Muster der Wählerbindung aufgrund kirchlicher Einstellungen aufweisen (vgl. den in der Wahl 1983 stabilisierten Anteil katholischer Arbeiter); doch ist für die CDU/CSU auf den Kirchlichkeitstraditionalismus auf lange Sicht in einer Gesellschaft aus abhängig Beschäftigten kein Verlaß. Dies gilt um so mehr, als innerhalb der *beiden* christlichen Kirchen (wenn auch mit Abstufungen) langfristige Prozesse in Gang gekommen sind, die die unmittelbare politische Verfügbarkeit kirchlich organisierter Religion für eine Partei christlichen Anspruchs stark reduzieren dürften (die Friedensdiskussion ist dafür Indikator und weiterführender Katalysator). Ihre Strategie der Neo-Dezentralität und der Neo-Subsidiarität kann daher als Versuch gelten, die Bindungen in ihrer Wählerschaft beizeiten von Religions- und Kirchenbindungsmotiven auf ideologische Motive säkularisierter Art umzustellen, sie also von einer verinnerlichten Moral in eine explizit gesellschaftliche Moralvorstellung zu überführen.

Um diesem Ziel, für das Geißler zuständig und Kohl nur eine vertrauenserweckende Gailionsfigur ist, näherzukommen, wird die Union jede Art von politischer Thematisierung fördern, die in Schräglage zu Gruppeninteressen und -identitäten zu bringen ist. Dazu gehört insbesondere auch die Umweltpolitik. Ihr ausgeprägtes Engagement in diesem Bereich von Späth bis Zimmermann ist nicht allein mit der Absicht zu erklären, Wähler, die über ökologische Issues aus dem SPD-Spektrum ausgewandert sind, auf diesem Umweg an sich ziehen zu wollen. Vielmehr ist die CDU/CSU an gruppenschnittenden Themen generell interessiert, und dazu eignet sich auch die (selbstverständlich hoch bedeutsame) Umweltproblematik, auch wenn sie für einige Zeit vor allem den Grünen große politische und Wahlerfolge zu bringen scheint. Andere »moral cleverages« lassen sich im Unions-Repertoire

leicht auffinden und werden an Bedeutung zunehmen (technologische Fortschrittlichkeit, Familie, Leistung, Institutionalismus usw.). Trotz aller an Säkularisierung geknüpften Risiken wird die Union zur Absicherung ökonomischer Modernisierung und zur Erhaltung der politischen Macht zu dieser ideologischen Modernisierung verurteilt sein.